Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 22.März 1932.

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Amerikanische Lockrufe.

(Von unserem New Yorker Korrespondenten.)

SPD. New York, Mitte März (Eig.Bericht)

Wieder einmal ist ein neues Wirtschafts-Hosianna von Detroit ausgegangen, wieder einmal hat Henry Ford seine Sirenenstimme erschallen lassen, um die amerikanische Nation auf den allein seligmachenden Weg der etwas fadenscheinig gewordenen goldenen Prosperität zurückzuführen. Ueber Stadt, Land und Meer geht die Kunde, dass die Wiederaufnahme hundertprozentiger Massenproduktion in den Fordwerken unmittelbar bevorstehe, ja dass er, der grosse Ford, willens sei, alles, Vermögen, Betrieb und Ueberschüsse, für die Wiederankurbelung der amerikanischen Wirtschaft zu riskieren. Im kapitalistischen Blätterwalde wird von dem grössten Wirtschaftsepos der modernen Zeit gesprochen, von Mund zu Mund tönt die Heilskunde wider, dass sich bald die Detroiter Räder drehen, bald Hunger und Elend in der Ford-Metropole vergessen, bald die ganze amerikanische Wirtschaftswelt, vom Segen Fords befruchtet, neuen herrlichen Zeiten entgegengehen wird.

Hoch klingt das Lied vom braven Mann. Nun, was das arbeitende Volk von den Prosperitätssignalen Fords und seiner Gesinnungsfreunde zu halten hat, bedarf in diesem Zusammenhange keiner neuen Darlegung. Wohl aber ist ein Eingehe auf das bevorstehende "mächtige Wirtschaftsepos" notwendig, auf diese Lockrufe die von der bereitwilligen Aufopferung eines Riesenvermögens sprechen, während zu gleicher Zeit die Fangnetze zur Einbringung neuer Riesenprofite, neuer riesiger Vermögen gelegt werden. Mit welchem Ernste heute in Dearborn, der Ford-Zentrale bei Detroit, Worte gesprochen werden, die noch vor wenigen Jahre Tabu waren und als Kündiger bolschewistischer Machtergreifung auf amerikanischem Boden gewertet worden waren! Da heisst es, nur das amerikanische Volk habe, ihn, Ford, zu dem gemacht, was er heute sei; er besitze nichts, was ihm das Publikum nicht gegeben habe; nichts solle privatem Nutzen dienen; jeder überschüssige Cent sei für künftigen allgemeinen Wirtschaftsnutzen bestimmt.

Wenn Ford von der vollen Wiederaufnahme seiner Produktion spricht und dem Entschlusse Ausdruck verleiht, so vielen Leuten wie nur möglich Arbeit und Brot zu geben, so ist das sicherlich ein lobenswertes Unternehmen. Aber das setzt voraus, dass sich die Arbeiterschaft über die Motive und Zwecke dieser Wirtschaftsankurbelung klar sein muss, dass sie sich hüben und drüben bewusst sein muss, welche Absichten diese neue internationale Ford-Propaganda verfolgt und vor allem, welche Auswirkungen sie für die unmittelbar betroffenen amerikanischen Arbeitermassen zeitigen muss. Nach den Fordschen Ankündigungen ist allein in den Detroit-Dearborn Betrieben die Produktion von 1 500 000 der zwei neuen Modelle, die Einstellung von 100 000 Mann und Ausgaben von 300 Millionen Dollar für Rohmaterialien, Transport und Löhne im laufenden Jahre 1932 vorgesehen. Darüber hinaus werden die benötigten Materialkäufe etwa 52 Millionen Dollar pro Monat verschlingen und auf diese Weise die Lieferindustrien wie Eisen, Stahl, Holz, Gummi, Metalle, Textilien etc. im ganzen Lande stark

anregen.

In diesem Wirtschaftsprogramm erscheint, selbst wenn man vorerst von der durch die Krise stark beeinträchtigten Aufnahmefähigkeit des amerikanischen Automobilmarktes absieht, ein Punkt besonders beachtenswert. Sowohl Materialienbeschaffung als Rohstofflieferungen setzen langfristige Vertragsabschlüsse voraus, die natürlich bei einem derartigen Massenabnehmer wie Ford zu besonders niedrigen Preisen abgeschlossen werden. Diese Preisschraube nach unten, die allein schon in der Ankündigung, dass die Ford-Verkaufspreise so niedrig wie möglich gehalten werden sollen, ihren Beweis findet, wirkt sich natürlich auf die in den Lieferindustrien gezahlten Arbeitslöhne aus und wird von dem Unternehmertum zu schamlosester und bei dem ungeheuren Arbeitsangebot um so leichter durchführbarer Lohndrückerei verwandt werden.

Was aber bedeutet, über die unmittelbaren Tagesprobleme hinaus, die Ford-Expansion in diesen Krisenmomenten? Sie ist nichts weiter als die erste Wirtschaftskonsequenz jener amerikanischen Währungsinflation, die sich jetzt in der Praxis auszuwirken beginnt. Die Geschichte wiederholt sich: Im Jahre 1932 sehen wir Ford auf den Spuren Stinnes', der bei Beginn der deutschen Inflation systematisch an die Ankurbelung seiner Produktionsbetriebe herangging, riesige Lieferungsverträge zudenkbar günstigsten Papiermarkpreisen abschloss, Sachwerte im Werte von Milliarden erwarb und sie dann bei fortschreitender Inflation mit entwertetem Gelde bezahlte. Bei dieser Parallele kann es im Effekt gleichgültig sein, wie weit die Währung absinkt und ob die durch die Inflation bewirkte Entwertung nur einige wenige Punkte beträgt oder wie im deutschen Falle in gespenstische Tiefen stürzt. Tatsache ist, dass auch hierzulande durch die vor wenigen Tagen stark gemilderten Kreditbestimmungen der Bundesbanken neue Geldwerte in die Bevölkerung gepumpt und damit neue Dollarmilliarden für den Massenverbrauch frei gemacht werden sollen.

Das Fordsche Expansionsprogramm ist also keineswegs falsch, sondern absolut folgerichtig, wenn man nüchtern mit inflationistischen Auswirkungen rechnet und sich mit dem Willen eines Ford die Aufgabe setzt, sie voll und ganz für sich auszunutzen. Deswegen geht Ford an die volle Wiederaufnahme seiner Massenproduktion heran, deswegen ist er bereit, riesige Geldsummen in Sachwerte zu investieren und diese Sachwerte auf dem Umwege über das Automobil an die durch Währungsinflation in neue Prosperitätsträume gewiegten amerikanischen Massen abzustossen. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass er dank seines ungeheuren Kapitalseinflusses in der Lage sein wird, jeden ihm günstig erscheinenden langfristigen Lieferungsvertrag zu erzwingen. Auf der anderen Seite wird er imstande sein, seine Automobilproduktion an das künstlich aufgepeitschte Publikum zu inflationistischen Tagespreisen abzustossen und dabei doppelt zu profitieren. Die Meldung, dass man sich in den Fordwerken mit der Absicht einer gründlichen Änderung der Verkaufsbedingungen trage und an Stelle des bisherigen Abzahlungsplans, wenn möglich, glatte Kassa-Geschäfte setzen wolle, gibt solchen Gedankengängen eine um so grössere Wahrscheinlichkeit.

Es ist nötig, dass man sich hüben und drüben der Hintergründe dieses neuen nationalen Rettungsplanes à la Ford bewusst wird und weiss, was und worum hier gespielt wird. Fällt der moralische Schleier, mit dem gerade der allmächtige Herrscher von Detroit in seinen Geschäftsmanövern zu arbeiten gewohnt ist, so bleibt die nüchterne, von keinem ernsthaften Menschen und Wirtschaftskenner zu bestreitende Tatsache: die Automobilindustrie mit Hilfe der nationalen Krediterleichterungen hundertprozentig anzukurbeln und aus ihr mit den Kräften der Arbeiterschaft alles herauszuholen, was sich mit geschickter propagandistischer Begleitmusik nur herausholen lässt. Von Risiko und Aufopferung des eigenen Milliardenvermögens kann keine Rede sein, solange die Gesichtspunkte der staatlichen und privaten Finanz- und Währungspolitik Amerikas von Leuten bestimmt werden, die ihre Aufträge von einer Handvoll Grosskapitalisten unter Führung des Detroiter Menschheitserretters entgegenzunehmen gewohnt sind

---

SPD. Sozialismus und Humanität sind eins. Sozialismus ohne Menschlichkeit ist kein Sozialismus. Unter diesem Gesichtspunkt ist das was in Sowjetrussland geschieht, kein Sozialismus, sondern eine technische Wahnidee, der Menschenleben und Menschenglück geopfert werden. Die Missachtung des einzelnen Menschen und seines Lebens geht aus zwei Dingen drastisch hervor. Es gibt in Sowjetrussland weder eine Arbeitslosenunterstützung noch eine Altersversicherung. Wer in Russland arbeitslos wird, ist verloren. In Deutschland hat der Arbeitslose Rechtsansprüche gegen den Staat - in Russland ist er rechtlos. In Deutschland ist die soziale Verpflichtung, ihn und seine Familie zu erhalten, anerkannt, in Russland ist er ein Rechtloser, ein Ausgestossener. In Deutschland setzen sich sozialistische Gedankengänge durch - in Sowjetrussland verfährt man nach den Methoden des Frühkapitalismus, der im Arbeiter nicht den Menschen, sondern nur "Hände", sah.

Ebenso liegen die Dinge mit den alten Arbeitern. Auch sie sind ausgestossen, rechtlos, wenn sie nicht mehr arbeiten können. In Deutschland gibt es Invaliden- und Altersrenten. Sie sind niedrig, aber sie existieren. In Russland bleibt dem Arbeiter nur eins: schuften bis zum Tode, oder - verhungern. In Deutschland die Rücksicht auf das menschliche Leben, in Sowjetrussland die Verachtung des menschlichen Lebens. In Deutschland sind die Lebensansprüche des einzelnen als Recht verankert - in Sowjetrussland wird die Arbeitermasse behandelt als Werkzeuge für Zwecke, die ausserhalb ihrer selbst liegen - so als wäre sie die Bevölkerung eines Koloniallandes, das einem fremden Eroberer dienstbar ist.

Darüber schweigt die kommunistische Propaganda! Das sind aber Tatsachen, und darum verschone man uns gefälligst mit der Anpreisung des Zerrbildes von Sozialismus, das Russland unter Stalin darstellt.

SPD. Brüssel, 22.März (Eig.Drahtb.)

Die "Rheinisch-westfälische Zeitung" vom 17.März macht grosses Aufsehen wegen eines von einer Gruppe sozialistischer Abgeordneter in der belgischen Kammer eingebrachten Gesetzentwurfes zum Schutze gegen übertriebene Mietsforderungen. Das Organ der deutschen Schwerindustrie unterstreicht die Tatsache, dass dieser Gesetzentwurf einen Artikel enthält, wonach nur Belgier oder Angehörige einer im Kriege verbündeten oder neutralen Macht Nutzniesser des vorgeschlagenen Mieterschutzes sein können. Deutsche, Österreicher, Ungarn usw. würden von der Wohltat des Gesetzes ausgeschlossen. Daraus zieht das deutschnationale Blatt den Schluss, dass die belgischen Sozialisten "hundertprozentige Verfechter der Doktrin der II.Internationale", Ueberpatrioten und Gegner der Verständigungspolitik seien und benutzt zugleich die Gelegenheit, um für Deutschland Repressalien gegen Belgien zu verlangen.

Hätte der Brüsseler Berichterstatter der "Rheinisch-Westfälischen Zeitung" sich die Mühe genommen, sich bei den sozialistischen Antragstellern zu informieren, dann hätte er sich seine Entrüstung sparen können. Wir haben unsererseits die Antragsteller auf den Artikel in dem deutschen Blatt aufmerksam gemacht. Es wurde uns folgendes geantwortet: Unser Gesetzentwurf bezweckt, den bestehenden Mieterschutz in gewissen wichtigen Punkten abzuändern und zu verbessern. Zu diesem Zweck haben wir uns, schon um leichter eine Mehrheit zu bekommen, darauf beschränkt, die Artikel des bestehenden Gesetzes, auf die es uns besonders ankam, abzuändern, während wir den übrigen Text ungeändert liessen. Der beanstandete Artikel war in allen Mieterschutzgesetzen der Nachkriegszeit enthalten und es ist einem Versehen zuzuschreiben, wenn wir ihn auch in unserem Entwurf stehen liessen. Wir bedauern das und werden uns in der Kommissionsberatung dafür einsetzen, dass dieser Artikel vollständig verschwindet.

Hinzuzufügen wäre noch, dass diese Gesetzesbestimmung praktisch ohne

jeden Wert ist und bleibt, da der Mieterschutz sich ohnehin nur auf Vorkriegsmieten bezieht. Nichtsdestoweniger ist es zu begrüssen, wenn nun die Gelegenheit ergriffen wird, dieses Ueberbleibsel der Nachkriegspsychose wegzuräumen.

SPD. Der Parteiausschuss der SPD nahm am Dienstag ein Referat des Parteivorsitzenden Otto Wels über die politische Lage im Hinblick auf den zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl bezw. die Preussenwahl entgegen. Es wurde einstimmig beschlossen, an die Spitze sämtlicher preussischen Wahllisten Otto Braun und Carl Severing zu setzen. Das Gleiche gilt für die preussische Landesliste der Sozialdemokratischen Partei, deren Zusammensetzung im einzelnen einer zu diesem Zwecke eingesetzten Kommission unterliegt.

SPD. Prag, 22.März (Eig.Drahtb.)

Aussenminister Benesch hielt am Dienstag im Auswärtigen Ausschuss des Abgeordnetenhauses und des Senats ein längeres Exposé über die Abrüstungskonferenz, die mitteleuropäische Zusammenarbeit und den japanisch-chinesischen Konflikt. Ueber das zu erwartende Ergebnis der Abrüstungskonferenz äusserte er sich mit einer gewissen Reserve, Er glaubt zwar an einen Erfolg, der aber nicht übermässig gross sein werde, da die politischen Verhältnisse ausserordentlich schwierig seien. Ueber die mitteleuropäische Zusammenarbeit sagte Benesch :

Der bekannte Mitteleuropa-Plan Tardieus hat seinen Ursprung in dem Ersuchen des österreichischen Bundeskanzlers Buresch vom 16.Februar an die Grossmächte, Schritte zur Besserung der Wirtschaftslage Österreichs einzuleiten. Die tschechische Regierung ist bereit, sich mit Deutsch-Österreich, Ungarn, Jugoslavien und Rumänien an den Besprechungen über das vorgeschlagene Präferenzsystem zu beteiligen. Hierbei muss aber jede politische Aktion, jede staatsrechtliche Organisation und alle Gespräche über eine Konföderation oder Zollunion im voraus ausgeschlossen sein. Die tschechische Regierung wird in keine Verhandlung ohne Anteilnahme Rumäniens und Jugoslawiens eintreten. Eine weitere Vorbedingung ist die vollkommene Einigkeit aller Grossmächte. Die Tschechoslowakei wird sich daher an nichts beteiligen, wozu Berlin und Rom nicht ihre Zustimmung geben. Die Forderung Frankreichs nach einem Desinteressement der Grossmächte in Mitteleuropa ist ein vollkommen richtiger Grundsatz. Dagegen befürchtet Deutschland, Österreich könnte antideutsche Politik treiben. Ueberhaupt halten die massgebenden Kreise Deutschlands unrichtigerweise diese Aktion für etwas, was eine Spitze gegen Deutschland hätte. Sie sehen vielfach das heutige Mitteleuropa mit Augen der Vorkriegspolitik an. Deutschland sollte aber begreifen, dass Mitteleuropa sich wesentlich geändert hat und die Vorkriegszeiten nicht mehr zurückkehren werden. Die mitteleuropäischen Staaten haben bereits ihre politische Reife erlangt, sind sich ihrer Souveränität wohl bewusst und wahren sie eifersüchtig. Nach meiner Ansicht würde es sich eher geziemen, in der mitteleuropäischen Entwicklung eine Analogie mit den nordischen Staaten zu sehen und sich danach einzurichten. Eine mitteleuropäische Politik, welche Österreich in eine antideutsche politische Konzeption einziehen wollte, wäre verfehlt. Sie ist auch nicht im Interesse der Tschechoslowakei, die derartiges nicht wünscht und mit Deutschland in freundschaftlichen politischen Verhältnissen leben will, gelegen. In wirtschaftlicher Hinsicht werden gewiss von Deutschland ebenso wie von allen Grossmächten Opfer für die mitteleuropäische Zusammenarbeit verlangt. Die massgebenden Kreise in Deutschland stemmen sich dagegen. Sie glauben, dass diese Lösung vor allem der Tschechoslowakei Nutzen brächte und die deutsche

Industrie ihrer Absatzgebiete beraubt würde. Diese Politik kann Deutschland nicht nützen. Sie hat kein Verständnis für die mögliche Entwicklung Europas in den nächsten Dezennien. Die Staaten der kleinen Entente sind sich über die mitteleuropäische Zusammenarbeit einig. Sie stehen ihr sympathisch gegenüber und werden einheitlich vorgehen. Österreich und Ungarn müssen sich noch äussern. Es ist möglich, dass sie Vorbehalte machen werden und es daher nicht leicht zu Verhandlungen kommen wird. Man muss aber auch damit rechnen, dass die Grossmächte sich nicht einig werden und es dann zu Verhandlungen überhaupt nicht kommen wird. Bisher bestand nur ein gegenseitiger Meinungsaustausch und Diskussion darüber, wie vorzugehen wäre, wenn die Grossmächte sich einigen.

Die Debatte über das Exposé Benesch's wird nach Ostern in beiden Häusern eröffnet werden.

SPD. Köln, 22.März (Eig.Drahtb.)

Vor dem erweiterten Schöffengericht in Köln begann heute ein aufsehenerregender Betrugsprozess.

Die Reichsbahn beschuldigt den 60jährigen früheren Uhrmacher Gustav Loettgen, den Schwiegervater eines Kölner Nazi-Stadtverordneten, durch einen vorgetäuschten Eisenbahnunfall im Jahre 1905 eine Entschädigungssumme von rund 152 000 Mark erschwindelt zu haben. Damals erlitt Loettgen beim Rangieren auf dem Bahnhof Troisdorf einen "Unfall". Er schlug mit dem Kopf gegen eine Fensterscheibe und wollte seitdem nicht mehr gesund sein. In einem Prozess gegen die damalige Preussisch-Hessische Eisenbahn blieb er Sieger und kassierte dann Monatsrenten von 300 bis 800 Mark. Die Reichsbahn traute der Sache nicht, zumal behauptet wird, dass der kranke Mann gesunde Jagdausflüge machen konnte.

Wir werden über den Ausgang des Prozesses berichten.

SPD. Paris, 22.März (Eig.Drahtb.)

In einer öffentlichen Wahlversammlung erklärte der sozialistische Abgeordnete Renaudel: "Wenn die Linksparteien bei den nächsten Wahlen loyal die republikanische Disziplin beobachten, wird die Reaktion eine schwere Niederlage erleiden. Die sozialistische Partei wird bereit sein, daraus alle Folgen zu ziehen. Wenn das Land dem Sozialismus eine Mehrheit gibt, würde die Partei nicht zögern, alle Verantwortungen der Regierungsmacht zu übernehmen. Wenn die sozialistische Partei die stärkste Partei einer republikanischen Mehrheit werden sollte, würde sie es ohne Zweifel nicht ablehnen, die Bildung einer Koalitionsregierung zu versuchen. Wenn schliesslich aus den Wahlen eine Parlamentsfraktion hervorgeht, die einen notwendigen Teil für die Bildung einer demokratischen Mehrheit darstellen würde, würde die sozialistische Partei die Zweckmässigkeit einer Beteiligung an einer Koalitionsregierung prüfen, die dann eine Fortsetzung der Einigung der Linksparteien im Lande sein würde."

SPD. Köln, 22.März (Eig.Drahtb.)

Der Zentralausschuss für den Westdeutschen Rundfunk, in dem die Bildungsausschüsse der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften ihre kulturpolitische Rundfunkarbeitsgemeinschaft für Westdeutschland besitzen, hat an den Reichspostminister ein Telegramm gerichtet, in dem er gegen die plötzliche Stillegung der Zwischensender von Köln, Aachen und Münster entschieden Einspruch erhebt und sofortige Wiedergutmachung fordert.

Wie die Reichspostverwaltung jedoch erklärt, kommt eine Wiedereinschaltung der Zwischensender nicht in Frage. Man habe aber beschlossen, die Funkhilfe, die bisher nur beratend einspringen durfte, in allen Fällen, in denen minderbemittelte Hörer nicht in der Lage sind, sich selbst die notwendige Aussenantenne anzulegen, den Apparat umzuändern, praktisch einzusetzen. Auch die Postbauämter sollen aktiv mitarbeiten und in Notfällen kostenlos Material: Draht, Spulen, etc. zur Verfügung stellen. Die Stillegung der Sender hänge mit der Weltfunkkonferenz in diesem Frühjahr in Madrid zusammen, auf der das Wellenchaos bereinigt werden soll. Deutschland lege Wert darauf, auf dieser Konferenz mit festen Vorschlägen auftreten zu können und wolle vorher im eigenen Lande mit dem Chaos der allzuvielen Wellen aufräumen. Damit habe man im Westen den Anfang gemacht und den Langenberger Sender so verstärkt, dass er auch für die Bezirke der Zwischensender ausreiche.

SPD. Braunschweig, 22.März (Eig.Dr.)

Das hiesige Naziblättchen liefert zu der amtlich verbreiteten Auffassung des Reichsinnenministeriums, dass es sich "nicht vorstellen könne", dass in Braunschweig trotz des Osterburgfriedens das Reichstreffen der Hitlerjugend stattfinden werde, einen aufschlussreichen Kommentar. Es teilt am Dienstag in grosser Aufmachung mit, dass die Ostertagung der Hitlerjugend und des Nationalsozialistischen Schülerbundes stattfinden werde. Die Teilnehmer hierzu würden aus dem ganzen Reiche erwartet. Verbunden mit einer Kundgebung im grössten Saale Braunschweigs, in der Stadthalle, in der rund 8000 Personen Platz finden, sei eine Fahnenweihe von 22 Gaufahnen vorgesehen, die Hitler persönlich mit einer Rede vornehmen werde. Ausser ihm seien noch General a.D. Litzmann, der Reichsjugendführer Baldur von Schirach und der Reichsführer der Hitlerjugend Renteln als Redner angemeldet.

Die Braunschweiger Nazis lassen zugleich nicht den geringsten Zweifel darüber, dass es sich bei ihrer Veranstaltung um eine grosse politische Kundgebung handelt. An zehn Stellen der Stadt haben sie den Vorverkauf für den Hitlerrummel am Ostersonntag bereits eröffnet. Hitler will damit in Braunschweig illustrieren, wie er die Reichsnotverordnung über den Osterfrieden respektiert. Da bisher jede Nazitagung in Braunschweig durch die Zusammenballung fremder SA-Elemente blutig verlaufen ist, sieht die friedliebende Bevölkerung den Ostertagen nicht ohne Besorgnis entgegen.

SPD. Paris, 22.März (Eig.Drahtb.)

Der amerikanische Botschafter in Berlin, Sackett, hat einigen Pressevertretern eine Unterredung gewährt, in der er erklärte: "Mein Pariser Besuch, der übrigens erst seit Dienstag-Früh meiner Regierung bekannt ist, hat vor allem den Zweck, von meinem Kollegen Edge, der kürzlich in Amerika war, Informationen über die dortige Lage zu erhalten. Ich freue mich sehr darüber, dass ich die Gelegenheit haben werde Tardieu und einige andere französische Minister zu sprechen. Aber da ich am Mittwoch-Früh wieder abreisen muss, wird die Unterhaltung, die ich mit ihnen habe, nur allgemeinen Charakter haben. Ich kann versichern, dass ich keine Pläne für die Regelung des Schulden- und Reparationsproblems überbringe. Meine Regierung wartet auf den Ausgang der Lausanner Konferenz, und es ist vollkommen ausgeschlossen, dass sie sich dort selbst durch einen Beobachter vertreten lassen wird."

Auf die Frage eines französischen Journalisten, wie Sackett die wirtschaftliche Lage Deutschlands beurteile, erwiderte er: "Ich glaube, dass Deutschland, wenn es die notwendigen Kredite findet, seine gegenwärtigen Schwierigkeiten überwinden kann. Die deutsche Frage bildet daher einen Teil

der allgemeinen Frage des europäischen Wideraufbaus."

Schliesslich wurde an den Botschafter die Frage gestellt, ob die Vereinigten Staaten noch an ihrem Standpunkt festhalten, dass die europäischen Länder zuerst ihre Geschäfte unter sich regeln sollen, ehe sie auf die Hilfe Amerikas rechnen können. Sackett bejahte diese Frage und fügte hinzu, es sei notwendig, dass zunächst Frankreich und England untereinander und dann mit den übrigen Grossmächten zu einer Verständigung kommen. Amerika werde darauf sehen, in welchem Masse es die Durchführung des Abkommens erleichtern könne. Im Voraus könne sich Amerika aber zu nichts verpflichten. Die Hilfe Amerikas könnte übrigens nur im Interesse des allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbaus gewährt werden. Opfer zugunsten einer bestimmten Nation kämen nicht in Frage. Die amerikanische öffentliche Meinung sei in dieser Hinsicht formell.

Am Schluss erklärte Sackett, dass das Zollbündnis der Donau-Staaten eine rein europäische Frage sei, in die sich die Vereinigten Staaten nicht einmischen würden.

SPD. Warschau, 22.März (Eig.Drahtb.)

Am Dienstag-Morgen wurde in Lemberg auf den dortigen Kommissar der politischen Polizei und Referenten für ukrainische Fragen Czechowski ein Revolveranschlag verübt. Czechowski befand sich auf dem Wege ins Polizeiamt, als sich ihm zwei Personen näherten, von denen der eine aus nächster Nähe einen Schuss abgab, der den Kommissar auf der Stelle tötete. Trotzdem die Tat auf belebter Strasse vor sich ging, konnten die Täter unerkannt entkommen. Die Polizei sucht sie unter der ukrainischen Bevölkerung Lembergs, vor allem in den Kreisen der sogenannten geheimen ukrainischen Militärorganisationen. Die Behörden haben unter führenden Ukrainern bereits zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. U.a. ist auch der ukrainische Sejm-Abgeordnete Dr. Makaruszka verhaftet worden der mit zu den Opfern von Brest-Litowsk gezählt hatte.

SPD. Frankfurt/M., 22.März (Eig.Drahtb.

Die Vaterstadt Goethes beging am Dienstag den 100.Todestag ihres grössten Sohnes in schlichter Weise. Das Geburtshaus Goethes am Grossen Hirschgraben trägt reichen Flaggenschmuck. Am Fusse des blumengeschmückten Goethe-Denkmals liegen zwei grosse Lorbeerkränze der Stadt Frankfurt und des freien deutschen Hochstiftes, des Betreuers des Frankfurter Goethe-Hauses.

Während der Todesstunde um 11,15 Uhr sammelten sich im Opernhaus mehr als 1000 Menschen zu einer würdigen Gedächtnisfeier. Der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, der Oberpräsident von Hessen-Nassau, die Minister des Freistaates Hessen und eine grosse Zahl anderer offizieller Persönlichkeiten waren erschienen. Nach Beethovens Trauermarsch aus der Eroica hielt der Träger des Goethe-Preises, Professor Albert Schweitzer, die Gedenkrede. Ein Satz der H-Moll Suite von Bach schloss die eindrucksvolle Feier.

SPD. Braunschweig, 22.März (Eig.Drahtb.

Am Dienstag-Nachmittag erschien die Polizei in den Räumen des sozialdemokratischen "Harzer Echo" in Blankenburg und legte eine Verfügung des Innenministers Klagges vor, wonach das Verbot des "Volksfreund" auch das "Harzer Echo" einschliesst. Dabei hatte diese Zeitung den von Klagges zum Verbot herangezogenen Artikel überhaupt nicht veröffentlicht. Die Polizei verhinderte eine Drucklegung des "Harzer Echo". Eine gleiche Polizeiaktion wurde auf Veranlassung des Herrn Klagges gegen die "Oberweser Volkszeitung" in Holzminden durchgeführt, die ebenfalls den zum Verbotsgrund genommenen Artikel nicht veröffentlicht hat.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt :

Dem Reichsverkehrsministerium ist die schwierige Lage bei Junkers schon seit längerer Zeit aufs genaueste bekannt. Für einige Monate gelang es im Rahmen der üblichen Industriebetreuung, dem Werke über seine Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. Das Ministerium hat auf Grund einer Treuhandprüfung die Frage untersucht, ob dem Werke abschliessend geholfen werden kann. Die in der Veröffentlichung der Firma Junkers erwähnten Stützungsverhandlungen erstrebten die privatwirtschaftliche Beteiligung eines Geldgebers unter einer gewissen Hilfsstellung durch das Reich. Der Versuch ist infolge der heutigen Gestaltung der Wirtschafts- und Kreditverhältnisse leider gescheitert.

Allgemein darf auf die Schwierigkeiten hingewiesen werden, der die deutsche Luftfahrtindustrie zurzeit in besonderem Masse ausgesetzt ist. Diese Industrie ist in ihrem Export, auf den sie bei der Geringfügigkeit des deutschen Marktes angewiesen ist, durch die internationalen Währungs- und Zahlungsverhältnisse sowie durch die Versteifung des für die Vorfinanzierung von Auslandsaufträgen unentbehrlichen Kreditwesens stark beeinträchtigt.

Die Hilfe des Reiches durch eine abermalige Beteiligung an dem Junkers-Konzern, wie sie 1925/26 bestand, oder durch andere Stützungsmassnahmen kann bei der gegenwärtigen Finanzlage und im Hinblick auf die notwendige Gleichmässigkeit in der Behandlung von Industriefirmen nicht in Aussicht genommen werden. Sie würde auch erhebliche Mittel erfordern, die nicht zur Verfügung stehen. Dagegen ist die weitere Unterstützung der Firma Junkers nach den mit Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften aufgestellten Richtlinien beabsichtigt, wenn es nach Beendigung des Vergleichsverfahrens auf privatwirtschaftlichem Wege gelingen sollte, das technisch wertvolle Unternehmen zu rekonstruieren.

SPD. Paris, 22.März (Eig.Drahtb.)

In Paris war am Dienstag-Mittag die Nachricht verbreitet, dass Poincaré, der seit über einem Jahr auf seinem Landsitz in Sampigny weilt, gestorben sei. Die Meldung stellte sich aber bald als falsch heraus. Poincaré hatte mittags einige Freunde und frühere Mitarbeiter bei sich zu Gast und war guter Laune, obgleich er seit seinem letzten Rückfall Anfang 1931 einseitig fast völlig gelähmt ist.

SPD. In der Nacht zur Reichspräsidentenwahl spielten sich in Fraustadt (Schlesien) Dinge ab, die ebenfalls zeigen, dass die Legalitätsbeteuerungen der Nazis nur leere Phrasen sind. Was sich in der fraglichen Nacht dort zutrug, war illegale Anmassung der Staatsgewalt durch die SA.

In Fraustadt wurden an dem fraglichen Abend von SA-Leuten Andersgesinnte halbtot geschlagen und zur Polizeiwache gezerrt, wo der Anführer mit den Worten erschien: "Hier SA-Polizei, wieder so ein Sch...!" Später drangen etwa 60-80 Nationalsozialisten, darunter Söhne höherer Polizeibeamter in das Gehöft eines Reichsbannermannes ein, der mit seinen Freunden beim Kartenspiel sass. Mit Eisenstangen, Steinen, Heugabeln, Totschlägern und anderen Mordwerkzeugen fielen sie über die dort versammelten Reichsbannerleute her, verwandelten die Wohnung in einen einzigen Trümmerhaufen und stachen die aus der Wohnung flüchtenden, nach Schutz suchenden Menschen nieder. Der Maurer Stachowiak, der Ortsausschussvorsitzende der Gewerkschaften, erhielt nicht weniger als 24 Stiche; ebenso schwer wurden zwei andere Reichsbannerleute verletzt.

Die Polizei sah diesem Treiben der Nazis machtlos zu. U.a. lehnte sie die von der Reichsbannerleitung geforderte sofortige Untersuchung des Unterkunftsheimes der Nazis in Fraustadt nach Waffen ab. Dieses Verhalten findet nicht zuletzt seine Erklärung dadurch, dass die Söhne der Polizeiführer in der Ueberfallhorde zu finden waren.

SPD. Paris, 22.März (Eig.Drahtb.)

Das Dorf Korvario in der Bretagne ist am Dienstag-Morgen durch eine Feuersbrunst vollkommen vernichtet worden. Die Bewohner hatten kaum Zeit, notdürftig bekleidet die Häuser zu verlassen und das Vieh zu retten. Da das Feuer an vier verschiedenen Stellen gleichzeitig ausbrach, glaubt man, dass Brandstiftung vorliegt.

SPD. Der "Soir", das einzige Pariser Abendblatt der Linken, hat wegen finanzieller Schwierigkeiten sein Erscheinen einstellen müssen.

SPD. London, 22.März (Eig.Drahtb.)

Der Minister für die Dominien, Thomas, teilte dem Unterhaus am Dienstag mit, dass er durch den Vertreter der irischen Regierung in London offiziell ein Dokument von grösster Wichtigkeit erhalten habe, das sich auf die irischen Land-Annuitäten zur Rückzahlung der bei der irischen Bodenreform vorgestreckten englischen Gelder bezieht. Die irische Note sei zu wichtig, als dass sie jetzt, ohne dass die Regierung sich darüber habe aussprechen können, dem Hause mitgeteilt werde. Die offizielle Antwort werde wahrscheinlich am Mittwoch abgegeben werden.

Der Minister bezeichnete die durch die Note geschaffene Lage zwischen England und Irland als ausserordentlich ernst.

SPD. In der Detmolder Stadtverordnetenversammlung hatte die Sozialdemokratie einen Antrag eingebracht, nach dem Mitgliedern der städtischen Körperschaften, Stadträte und Stadtverordnete keinerlei städtische Arbeiten übertragen werden und sie sich auch an Ausschreibungen städtischer Arbeiten und Aufträge nicht beteiligen sollen. Die Nazis lehnten diesen Antrag ab, obwohl in ihrem Kommunalprogramm unter Punkt 2 c die Forderung erhoben wird:

"Verbot der Uebernahme gemeindlicher Arbeiten und Lieferungen durch gemeindliche Beamte, Angestellte, Stadtverordnete und Stadträte."

Damit haben die Nazis in Detmold ihr eigenes Programm verraten und ihre Wähler, die sie im Januar dieses Jahres auf Grund ihres Programms gewählt haben, betrogen. In dieser Erkenntnis stimmtensie später einem Vorschlag zu, der das Verbot der Uebernahme städtischer Arbeiten nur für die Stadträte, nicht aber für die Stadtverordneten gelten lassen will. Die Wirkung des Antrages ist damit gleich null, denn im Stadtrat sitzen nur Beamte und Festbesoldete. Die Personen, die für gemeindliche Lieferungen und Aufträge in Frage kommen, sitzen aber in der Stadtverordnetenversammlung.

SPD. London, 22.März (Eig.Drahtb)

Die deutsche Antwort auf die englischen Vorstellungen über die deutsche Einfuhrquote für englische Kohle ist am Dienstag drahtlich durch den englischen Botschafter in Berlin nach London übermittelt worden. Neben den Erläuterungen, die dartun, dass die englische Behauptung einer Benachteiligung der englischen Kohlen unberechtigt sei, enthält die Note das Angebot zu Verhandlungen, die sich aber nicht allein auf die Kohlenfrage beziehen sollen, sondern auf die deutsch-englischen Handelsbeziehungen überhaupt beziehen müssten.

SPD. Der Allgemeine freie Angestelltenbund nahm am Dienstag auf seiner Bundesausschuss-Sitzung sehr energisch gegen den neuen Sturm auf die Arbeitslosenversicherung Stellung. In einer einstimmig angenommenen Entschliessung fordert er, dass unter allen Umständen die Arbeitslosenversicherung aufrechterhalten bleibt.

Es würde - so heisst es in der Entschliessung - mit dem Artikel 163 der Reichsverfassung und den früheren Erklärungen der Reichsregierung im schärfsten Widerspruch stehen, wenn unter Aufhebung der Arbeitslosenversicherung eine Vereinheitlichung der gesamten unterstützenden Arbeitslosenhilfe im Rahmen der öffentlichen Fürsorge erfolgt und sie damit den Rechtscharakter der Armenpflege erhält. Der AfA-Bund werde solchen Plänen den schärfsten Widerstand entgegensetzen. Er fordere die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung und eine Vereinheitlichung der Krisenfürsorge mit der bisherigen gemeindlichen Erwerbslosenwohlfahrt zu einer Reichsarbeitslosenfürsorge, deren Durchführung der Reichsanstalt obliege. -

Zur Förderung der Arbeitsbeschaffung fordert der Afabund eine Arbeitsbeschaffungsanleihe, die zu einer Mobilisierung der gehorteten Geldvorräte führen könne. Diese Anleihe sei beschleunigt durchzuführen. Die öffentlichen Aufträge seien so vorzubereiten, dass die Auftragserteilung mit wachsendem Zeichnungsergebnis fortlaufend erfolgen könne. Reichsregierung und Reichsbank hätten durch Bevorschussung der gezeichneten Beträge die alsbaldige Inangriffnahme der Arbeiten sicherzustellen. Ueberdies seien alle in den öffentlichen Haushalten bisher ungenützten Möglichkeiten zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten auszunutzen, insbesondere seien die durch die Reichsfluchtsteuer erfassten Beträge zur Arbeitsbeschaffung einzusetzen. Die Reichsregierung und Reichsbank hätten ferner zu prüfen, ob ohne Erschütterung der Währung über diese Mittel hinaus weitere Finanzierungsquellen erschlossen werden können.

SPD. London, 22.März (Eig.Drahtb.)

Der Aussenminister Sir John Simon teilte dem Unterhaus am Dienstag zu dem Konflikt im Fernen Osten mit, dass dort der Friede im wesentlichen wiederhergestellt sei. Von Tokio aus sei bereits Befehl ergangen, den grössten Teil der japanischen Truppen von Schanghai zurückzuziehen. Die japanischen Kriegsschiffe in den chinesischen Gewässern würden unmittelbar auf einen Stand vermindert werden, der nur wenig über dem normalen liege.

Inbezug auf die mandschurische Frage warte der Völkerbund noch den Bericht der von ihm eingesetzten Untersuchungskommission ab.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

In der Zeit vom 15. bis 21.März 1932 sind wiederum eine Reihe von Kleinsiedlerstellen bewilligt worden, so u.a. in Beuthen-Land (Stollarzowitz) 100, Freiburg i.Br. 50, Gelsenkirchen 134, Magdeburg 230, Mannheim 212, Mülheim/Ruhr 140, Köln a/Rh. 400. Damit sind insgesamt bisher 12 500 Kleinsiedlerstellen bewilligt worden.

Die Gesamtzahl der bisher bewilligten Kleingartenstellen beträgt über 30 000. Von den zuletzt mit Kleingärten bedachten Städten seien u.a. erwähnt: Bochum mit 513, Crimmitschau (Sachsen) mit 204, Eythra (Sachsen) mit 100, Glauchau (Sachsen) mit 110, Hamm (Westfalen) mit 159, Kettwig a.d.R. mit 115, Leuna mit 100, Neckarsulm mit 111, Plauen i.V. mit 200 und Ulm a/Donau mit 150 Kleingärten.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Hintenherum!

SPD. Im "Angriff" des Herrn Goebbels führt man an versteckter Stelle einen Krieg der Bosheiten und der Nadelstiche gegen Hitler und seine Münchener Klique. Wer Augen hat zu lesen, kann dabei auf reizende Sächelchen stossen. So findet man im "Angriff" vom 17.März eine entrüstete redaktionelle Bemerkung über den Hochschulring deutscher Kajakfahrer. Es wird ihm vorgeworfen, dass er die Leitung des Verbandes in volksfremde Hände lege und das sei unwürdig.

Wer sind die volksfremden Hände? Wir lesen im "Angriff":

"In Berlin herrschen ein staatenloser Balte Herr von Rauthenfeld und ein Lette, Herr von Holbeck. In Dresden steht seit langem der Tscheche Rolf Hübner an der Spitze, während in Königsberg die Leitung in den Händen des Letten Rolssen liegt."

Rauthenfeld, der staatenlose Balte - der Name klingt uns so vertraut, und richtig, sind die Namen Rauthenfeld und Rosenberg nicht einigermassen ähnlich, wobei Herr Rauthenfeld den Vorzug hat, dass sein Name nicht mit einem jüdische Familiennamen verwechselt werden kann. Herr Rosenberg, der Nachkriegsdeutsche und Chefredakteur des "Völkischen Beobachter" war auch ein staatenloser Balte, ehe er sich das deutsche Staatsbürgerrecht verschaffte. Wenn Rauthenfeld ein volksfremdes Element ist, wenn es undeutsch ist, die Leitung eines Sportverbandes in seine Hände zu legen, was soll man dann dazu sagen, dass Hitler die Leitung des "Völkischen Beobachters" in die Hände des Balten Rosenberg gelegt hat?

Nun aber zu dem Tschechen Hübner. Hübners gibt es in Dresden und Sachsen wie Sand am Meer. Das ist ein Name, der geradezu typisch sächsisch ist. Aber auch da kommt uns ein Anklang. Sind denn die Namen Hübner und Hitler wirklich so sehr verschieden, dass man sagen könnte, das eine sei ein tschechischer und das andere ein deutscher Name? Wenn einer Tscheche ist, weil er Hübner heisst, dann ist Adolf Hitler ebenfalls ein volksfremdes Element. "Ausländer als deutsche Sportführer", so entrüstet sich der "Angriff" über Herrn Hübner. Wie müsste er sich bei solchen Grundsätzen über Herrn Hitler entrüsten, der nicht nur deutscher Sportführer, sondern gleich Reichspräsident werden will?

Herr Goebbels reisst öffentlich das Maul auf für Hitler. Hintenherum macht er sich über ihn lustig und lässt ihn und seine Münchener Freunde in seinem Blatt veräppeln. Das zeigt, wie ernst sich die Herrschaften untereinander nehmen.

Auf Hitlers Spuren.

"Der morgige Tag sieht entweder eine nationale Regierung über Deutschland oder uns tot, ein drittes gibt es nicht!" So deklamierte Hitler am Vorabend des Bürgerbräukeller-Putsches. Der andere Tag zeigte, dass es doch noch ein Drittes gab: nämlich Hitler auf der Flucht in der Villa einer Freundin. Mit der tröstlichen Erfahrung, dass es am Ende doch immer noch ein Drittes gibt, haben die Naziführer vor dem ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl geschrieen: Sieg oder Untergang, ein Drittes gibt es nicht! Nun, wo ist der Sieg wo sind die Leichen der Helden?

Was die Führer können, können die Mannschaften allemal. Man hört aus Mittenwald von zwei begeisterten Hitlerjüngern, die am 13.März öffentlich erklärten, wenn Hitler nicht siege, so wollten sie nicht mehr leben. Der eine

wollte sich erschiessen, der andere sich aufhängen, getreu dem Hitlerwort: Der morgige Tag sieht uns als Sieger oder tot! Da aber auch Hitler immer noch am Leben ist, warum sollten sich die Mannschaften totschiessen, nur weil sie einen Hitlerschwur getan haben, und so leben die beiden getreuen Hitlers von Mittenwald heute immer noch.

Man hat sie allerdings etwas bösartig daran erinnert, dass sie wie Hitler ein Ehrenversprechen nicht eingelöst haben. Der eine von ihnen, der seinen Selbstmord durch Erhängen angekündigt hatte, erhielt mit der Post einen Strick zugesandt.

Die Wahrheit über Dietramszell.

In Dietramszell, wo sich Hindenburg im Sommer aufzuhalten pflegt, sind bekanntlich 228 Hitlerstimmen gegen 157 Hindenburgstimmen abgegeben worden. Dies Ergebnis ist durch schamlosesten Terror erzielt worden, an dem der Bürgermeister Jaud, der Lehrer und der Ortsarzt lebhaft beteiligt waren. Diese drei waren die Drahtzieher einer schamlosen Agitation gegen Hindenburg, die auf das unanständigste geführt wurde. Der Gendarmeriekommissar von Dietraumszell hatte die grösste Mühe, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Er wurde dauernd von SA-Leuten förmlich überwacht, sodass gewissermasse die Polizeigewalt ausgeschaltet war. Es wurde öffentlich angefragt, ob es angängig sei, eine Liste mutmasslicher Hindenburgwähler zu veröffentlichen, damit man nach der Wahl mit ihnen abrechnen könne. Angestellte und Dienstboten wurden, weil sie Hindenburg wählten, angepöbelt, verschiedenen Hindenburgwählern wurde nach der Wahl mit Raub, Plünderung und Gurgelabschneiden gedroht. Unter solchem Terror ist das Wahlresultat von Dietramszell zustande gekommen. Die Nationalsozialisten haben ihre ganze Gemeinheit auf diesen Ort konzentriert, weil sie glaubten, Hindenburg damit persönlich treffen zu können.

Der echte Hitlergeist.

In Blankenburg a/Harz haben die Nationalsozialisten mehrfach Versuche unternommen, das Kreisblatt in ihre Hände zu bekommen. Es ist ihnen trotz Klagge bisher nicht gelungen. Deshalb sollte der bekannte Nazipastor Münchmeyer helf Ein Ortsführer der Nazi schickte ihm das folgende Schreiben: Pg.Mü[illegible]er! Erzihen Sie daß Blankenburger Kreisblatt heute Abendt bei Ihre Rede zu e[illegible] Nationalsozialistischen Blatt. Daß Keeseblättchen hat nur meistens Abonenten in NSDAP. Aber alles was Nationalistisch heist - schmeck Diesen Brüdern von Der Brüning Conzern wie bittere pillen. So gut ich mir Erinern kann haben Sie dasselbe mit Der Br. Landeszeituug auch gemacht. Heil Hitler J.A.Ehrig.

Da sieht man doch, dass die intelligentesten Leute sich in der Partei Hitlers gesammelt haben. Hitler kann auf solche Männer und auf die schlichte Einfachheit ihres Geistes wahrhaftig stolz sein!

Vorher und nachher.

Heute sind sie wieder ganz legal, egal legal und wollen von nichts gewusst haben. Vorher hiess es ganz anders. Ineiner Werbeversammlung der SA sprach der Redakteur der Niedersächsischen Tageszeitung Dr.Haupt folgendermassen: "In einigen Wochen ist die nationalsozialistische Revolution. Ihr Gelingen hängt davon ab, dass die SA stark genug ist. In den nächsten Wochen fällt die Entscheidung, was aus Deutschland in den nächsten hundert Jahren wird. Gewinnt die SA, so bleibt von den anderen keiner gesund, verliert die SA, so bleibt von den anderen ebenfalls keiner gesund."

Das ist die Legalität, so wie sie sie vor dem 13.März aufgefasst haben. Heute wollen sie von nichts mehr wissen!

Aus aller Welt

Reichsgedächtnisfeier.

SPD. Weimar, 22.März (Eig.Bericht)

Vor hundert Jahren schloss Goethe die Augen. Das Gedenken an diese Stunde soll nicht ein Ereignis melancholischer Trauer sein. Bei der gesamten Ausgestaltung der Weimarer Goethe=Gedächtniswoche wird dieses Bemühen spürbar. Wie weit Goethe im Herzen des deutschen Volkes lebt, ist eine Frage,die nach diesen Tagen der Feier gewiss zur phrasenfreien Beantwortung drängt; aber dass bei Gelegenheit der Weimarer Goethefeier der Wunsch ausgedrückt wird,dass seine verstaubte Büste nun endlich von den Kommoden herabgenommen wird und dass das Bild seiner wahren Bedeutung aufleuchten möge - das ist nur recht und billig.

Man war also bis jetzt erfreulicherweise weder zu banal noch zu pathetisch. Der heutige 22.März selbst wurde entsprechend dem Sinne dieses Todestages,der kein Trauertag sein soll, mit einem Gruss des Lebens eingeleitet: am Karl August=Brunnen gegenüber dem Goethe=Hause sammelte sich eine Schar Volksschulkinder und sang Goethe'sche Lieder; man hörte "Sah ein Knab' ein Röslein stehn", hörte "Ueber allen Wipfeln ist Ruh" - wenn Goethe einmal von sich sagte,er werde nie populär werden,so hat er dabei gewiss nicht an diese herrliche Lyrik gedacht,denn eine schönere Popularität als die,zum Volkslieddichter zu werden,gibt es nicht.Die Kehrseite des Volksruhms: ein Bäcker preist mit grossem Schild seine "Gretchenzöpfe" an; die Büste steht also doch noch auf der Kommode.

Vom lebenden Goethe sprach auch Professor Julius Petersen,der erste Vorsitzende der Goethe=Gesellschaft, in seiner Gedenkrede bei der Reichsgedächtnisfeier in der gedrängt vollen Weimar=Halle.In geschickter Steigerung entwarf Petersen ein umfassendes Bild der universalen Persönlichkeit Goethes,dessen ewig gültiges Werk von jeder Generation neue Stellungnahme verlange. Die oft spiessbürgerlich verstandene Forderung "Zurück zu Goethe" müsse den aktuellen Inhalt "Vorwärts zu Goethe" haben: vorwärts zu einem geistig bestimmten,erkenntnisklar geführten Leben.

Vor und nach der vom Leipziger Thomanerchor gesanglich verschönten Feier in der Weimar=Halle defilierte eine tausendköpfige Menge mit entblösstem Haupt vor dem Goethe=Hause vorbei,dessen Inneres am heutigen Tage nicht betreten werden darf. Durch die geöffneten Türen sieht man die Büste Goethes;der ehemalige Aufbahrungsort ist schwarz umrahmt.An der letzten Ruhestätte,der Fürstengruft, fand,während die Glocken läuteten,in der Mittagsstunde ein Gedächtnisakt statt. Reichskanzler Dr.Brüning,Staatssekretär Dr.Meissner,Reichstagspräsident Löbe, Vertreter der ausländischen Regierungen,Minister der deutschen Länder,Vertreter der deutschen Parlamente und Städte,der Schriftstellerorganisationen und Universitäten legten Kränze nieder.

+

Ebenso wie die Feier in der Weimar=Halle wurde auch die Weihestunde an der Fürstengruft auf alle deutschen Radio=Sender übertragen.Der Ansager scheute nicht vor den platten Banalitäten zurück.Als die Sonne vom Himmel herabstrahlte schien es ihm,als ob Goethe vom Olymp herab der Feier,die man ihm bereitet,zusähe. "Auf den Gesichtern",meinte er,"ist eine grosse Weihe erkennbar.Jeder der aus der Kapelle heraustritt,ist sich wohl der Weihe der Stunde voll und ganz bewusst".In wessen Gesichtern las der Ansager? Vor allem erzählte er den Hörern, woran die Vertreter von Guatemala und Liberia,der deutsche Kronprinz und die Kronprinzessin "voll und ganz" dachten. Später meldete er als schlichten Nachtrag,dass der Reichspräsident durch den Staatssekretär Meissner vertreten sei.

+

140 Zyklon - Opfer. Die Orkankatastrophe in den amerikanischen Südstaaten forderte 140 Todesopfer: 113 in Alabama, 14 in Georgia, 11 in Tennesse und 2 in Kentucky.

+ + +

Grossfeuer bei Kottbus. In Doebbrick bei Kottbus gingen acht Gebäude in Flammen auf. Man vermutet Brandstiftung.

+ + +

Goethe - Medaille. Aus Anlass des Goethe-Jahres liess der Reichspräsident eine silberne Medaille schaffen, durch die hervorragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens geehrt werden sollen. Zunächst wurde die Medaille an 55 Goethe-Forscher, Künstler, Schriftsteller und Politiker verliehen, unter ihnen: Reichskanzler Brüning, Reichsminister Groener, Kultusminister Grimme, Reichskunstwart Redslob, Stephan George, Gerhart Hauptmann, Thomas Mann, Ricarda Huch, Professor Petersen, die ausländischen Goethe-Forscher Lichtenberger-Paris, Robertson-London und Farinelli-Rom.

+ + +

Mord aus Mitgefühl.... Das Schwurgericht Dresden verurteilte den 36 Jahre alten Arbeiter Pogacnik aus Jugoslawien wegen Mordes zum Tode, ferner wegen versuchten Mordes und wegen unbefugten Waffentragens zu 5,2 Jahren Zuchthaus. Pogacnik hat am 4. Februar in Dresden den Kaufmann Kriebel erschossen und seine Freundin durch einen Schuss zu töten versucht. Das Gericht unterstellte bei der Beurteilung der Tat, dass Pogacnik aus Mitgefühl und Zuneigung zu der Ehefrau Kriebels gehandelt habe. Pogacnik war ein Jugendfreund der Frau Kriebel. Die Untreue ihres Mannes empörte ihn. Obschon zwischen dem Ehepaar Kriebel die Scheidung eingeleitet war, war Pogacnik der Ueberzeugung, dass Frau Kriebel Selbstmord verüben werde. Unter dem Eindruck dieser Ueberzeugung entschloss sich Pogacnik, den Mann, den er für den Fall eines solchen Selbstmordes als moralischen Mörder der Frau ansah und das Mädchen, zu dem Kriebel Beziehungen unterhielt, zu töten.

+ + +

Zu spät.... Zwei Tage, nachdem an dem Südturm des Klosters Schönstadt in Vallendar am Rhein Instandsetzungsarbeiten begannen, stürzte der Turm ein. Dei Baulichkeit stand unter Denkmalsschutz: als beinahe letzter Ueberrest der um die Wende des 13. Jahrhunderst erbauten Kathedrale des Augustinerinnenklosters Schönstadt zeugte sie von entschwundener Kirchenpracht.

+ + +

Verurteilter Schönheitsdoktor. Vom Gericht in Hamburg wurde der Inhaber eines Verschönerungsinstitutes, ein früherer Schiffskoch, wegen farhlässiger Tötung zu drei Jahren Gef ängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte an einer Patientin, die an einem schweren Herzfehler litt, eine Brustveredelungsoperation vorgenommen und dabei Novokain als Betäubungsmittel angewandt. In einer Operationspause war die Patientin tot zusammen gebrochen. Das Gericht nahm an, dass der Tod auf die Anwendung des Betäubungsmittels zurückzuführen sei. In seiner Urteilsbegründung äusserte der Vorsitzende sein Bedauern darüber, dass die deutsche Gesetzgebung Leuten, die ganz offenkundig Pfuscher seien, chirurgische Eingriffe nicht verbiete.

+ + +

Neuer Gutherz-Prozess. Am Dienstag begann vor dem Landegricht I in Berlin die Berufungsverhandlung in den Devisenschiebungsprozess gegen den zu 1,3 Jahren Gefängnis verurteilten Bankangestellten Dr. Gutherz und die mitverurteilten Makler Paröagi und Bankier Oppenheimer.

+ + +

Flugzeugabsturz. In der Nähe von Steubenville (USA) stürzte ein Postflugzeug ab. Die beiden Insassen wurden getötet.

Wirtschaft Technik Handel

Ilseskandal.

Das Reich darf zahlen.

SPD. Die am Dienstag stattgefundene Generalversammlung der Ilse A.-G., des Braunkohlenkonzerns, der das ostelbische Braunkohlenrevier und damit das ostelbische Braunkohlensyndikat beherrscht, gestaltete sich zu einem einzigen Skandal. Das Reich ist in einer Weise brüskiert worden, die beispielslos dasteht, und zwar mit Hilfe jenes stramm nationalen Generaldirektors Reinhart von der Commerz= und Privatbank, die noch vor einigen Tagen mit Hilfe von Dutzenden von Reichsmillionen repariert und saniert werden musste. Der Verlauf der Ilsegeneralversammlung zeigt, dass wir auf dem Gebiet des Aktienwesens überhaupt kein Recht mehr haben. Es herrscht da so etwas wie Faustrecht, was die Industrieskandale der letzten Zeit schon verständlich macht. Der Skandal bei der Ilse ist so gross, dass ein gesetzlicher Eingriff unserer Auffassung nach sofort erfolgen muss.

Wie liegen nun die Dinge bei der Ilse? Die Viag, in der die reichseigenen Industrieunternehmungen zusammengefasst sind, hat vor längerer Zeit etwas mehr als ein Viertel des Aktienkapitals der Ilse erworben. Die Viag bezw. das Reich ist also Grossaktionär bei der Ilse. Damit wird der Wunsch der Viag begreiflich, Vertreter in den Aufsichtsrat der Ilse zu entsenden. Der Versuch dazu wurde von den Beherrschern der Ilse im vorigen Jahr durch ein Manöver, das schon mehr die Bezeichnung Gaunertrick verdient, vereitelt. In diesem Jahre haben vor der Generalversammlung der Ilse Verhandlungen zwischen der Viag und der Ilseverwaltung über die Entsendung von Viagvertretern in den Aufsichtsrat stattgefunden. Die Viag legte sich dabei grösste Zurückhaltung auf. Der Aufsichtsrat der Ilse zählt 14 Personen. Davon beanspruchte die Viag, die 1/4 des Aktienkapitals besitzt, 2, also 1/7. Aber auch diese Konzession wollte die Ilseverwaltung nicht machen. Die Verhandlungen gingen kurz vor der Generalversammlung der Ilse ergebnislos zu Ende. So kam es zu einer offenen Feldschlacht und zu dem oben erwähnten Skandal.

Die Viag beantragte in der Generalversammlung, zwei ihrer Vertreter in den Aufsichtsrat zu wählen. Gegen diesen Antrag wandte sich Friedrich Reinhart, Generaldirektor der Commerz= und Privatbank, die vor einigen Wochen mit Reichsgeldern flott gemacht werden musste. Reinhart ist selbstverständlich strammer nationaler Mann. Er steht, wie er immer betont, auf dem Boden "privatkapitalistischer" Anschauungen, was ihn nicht hindert, in den ihm nahestehenden Industrieunternehmungen eine verheerende Monopolpolitik zu betreiben und Reichssubventionen für seine Bank in Anspruch zu nehmen. Also dieser Reinhart behauptete am Dienstag, die Viag, also die öffentliche Hand, wolle in der Ilse Sonderinteressen vertreten. Man habe in der Ilse nichts zu verbergen. Aber wegen dieser Sonderinteressen wolle man keine Vertreter der Viag im Aufsichtsrat haben. Diese Auslassungen haben allgemeine Empörung hervorgerufen.

Dass die Ilse viel zu verbergen hat, ist bekannt. Das braucht nicht besonders betont zu werden. In der Ilse sitzt seit Jahren der tschechische Braunkohlenmagnat Ignaz Petschek. Der nationale Friedrich Reinhart hat diesem Petschek seinerzeit die Vorzugsaktion der Ilse und damit die Herrschaft über die Ilse über die holländische Kauffmannsbank, derselben Bank, die auch im Katzenellenbogen=Skandal eine unerfreuliche Rolle spielte, in die Hand gespielt. Sicherlich treibt die Ilse eine Dividendenpolitik, die sich nach dem bekannten

Wort richtet,dass Dividende dasjenige ist,was man an Gewinnen mit dem besten Willen nicht verbergen kann. Das weiss alle Welt. Hier gibt es ja auch nichts zu verbergen. Der Schwerpunkt liegt wo anders. Von der Ilse beherrscht Ignaz Petschek, der Braunkohlengrosshändler, das ostelbische Braunkohlensyndikat. Von der Ilse aus hat Petschek es fertig gebracht, ohne dafür überhaupt etwas zu tun, grosse Handelsgewinne einzuheimsen. Petschek hält mit Hilfe seiner Machtposition die ganze ostelbische Braunkohle unter einem Preisdiktat,das sich auf die kleine und mittlere Wirtschaft verheerend auswirkt. Die Dinge sind so weit gediehen,dass die Proteste der kleinen und mittleren Fabrikanten, der kleinen Händler gegen Petschek, ihre Bittschriften und Beschwerden beim Reich nicht mehr abreissen wollen.

Das bedeutet die Ilse für Petschek. Es ist begreiflich,dass sich Petschek dagegen wehrt,dass ein Lichtstrahl in die dunklen Verwaltungszimmer der Ilse fällt. Dass es aber notwendig ist,diese Verwaltungszimmer einmal zu durchleuchten und zu durchlüften,ist eben so klar,wie die Forderung,dass hinter diese Dinge nach dem Skandal in der Ilsegeneralversammlung endlich Dampf gemacht wird.

Man hat bei der Ilse viel zu verbergen. Und dass hier Verstecken gespielt wird,dafür setzt sich der nationale Friedrich Reinhart ein und weiter jener sich ebenfalls stramm national gebärdende Braunkohlenindustrielle Piatschek vom Braunkohlenindustrieverein, der immer dabei ist,wenn den Braunkohlenbergleuten der Lohn abgezwackt werden soll. Es ist eine seltsame nationale Vereinigung,die der Tscheche Petschek bei der Ilse um sich gesammelt hat.

Nun das Unbegreifliche in der Generalversammlung der Ilse: der Antrag der Viag, zwei Vertreter in den Aufsichtsrat der Ilse zu wählen, wurde abgelehnt und zwar stimmten für die Ablehnung 12 Millionen Schutzaktien der Ilseverwaltung. Auf diese 12 Millionen Schutzaktien sind - man höre und staune - ganze 3 ooo Mark eingezahlt worden. Mit dieser Schiebung wurde das Reich um sein gutes Recht gebracht. Die Ilseverwaltung stützt sich bei diesem Trick auf ein veraltetes Reichsgerichtsurteil.

Das Reich wird dafür zu sorgen haben,dass die Ilseverwaltung mit derartigen Manipulationen nicht durchkommt.Vorläufig hat die Viag die Vertagung der Ilsegeneralversammlung erzwungen.

SPD. Die Junkerswerke in Dessau (Junkers Hauptbüro,Forschungsanstalt Professor Junkers, Junkers & Co., Junkers Flugzeugwerk,Junkers Motorenbau und Kaloriferwerk Hugo Junkers) haben am Dienstag ihre Zahlungen eingestellt. Es ist das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragt worden.

Den unmittelbaren Anlass zu der Krise bildet der Zusammenbruch der Borsigwerke. Die Junkers Motorenbau war mit 8oo ooo Mark bei den Borsigwerken verpflichtet, von denen der grösste Teil, nämlich 700 ooo Mark,in Wechseln bestanden. Diese Wechsel sollten laufend bis zum Jahre 1934 prolongiert werden. Durch den Zusammenbruch der Borsigwerke erledigte sich dieses Abkommen. Die Firma Junkers wurde mit Borsig in beträchtliche Schwierigkeiten gerissen. Nun hat zwar das Reich auf dem Wege der Hergabe von Mitteln gegen Materialverpfändung diese 800 ooo Mark den Junkerswerken zur Verfügung gestellt. Aber diese Hilfe reicht nicht aus,um die Illiquidität der Flugzeugwerke zu beseitigen. Von der Firma wird behauptet,dass der Vermögensstand nicht ungünstig sei. Den 12 Millionen Passiven stünden 22 Millionen Aktiven gegenüber,allerdings zum grössten Teil Vermögenswerte, die gegenwärtig nicht realisierbar sind. Es ist vom Reich bei der Hergabe der Mittel durch die Deutsche Revisions- und Treuhandgesellschaft ein Gutachten eingeholt worden,das zu dem Schluss kommt, es seien etwa vier bis sechs Millionen Barmittel erforderlich,um die Werke erfolgreich fortzuführen. Nun ist versucht worden, zu einer Zusammen-

arbeit mit der Dessauer Continental=Gasgesellschaft zu kommen, derselben Gesellschaft, die für den Verlust ihrer Warschauer Werke vom Reich vor kurzem eine grosse Abfindungssumme erhalten hat. Dieser Versuch ist jedoch gescheitert, sodass sich die Junkerswerke genötigt sahen die Zahlungen einzustellen und das Vergleichsverfahren zu beantragen. Grössere Entlassungen sollen bei den übrigen Teilen des Konzerns zunächst vermieden werden. Nur beim Flugzeugwerk sind einige Entlassungen beabsichtigt. Dies ist umso merkwürdiger, als gerade das Flugzeugwerk vor kurzem einen so hohen Bestand an Auslandsaufträgen erhielt, dass man für diesen Teil des Konzerns von der Kurzarbeit wieder zur 48=Stundenwoche überging und sogar 200 Arbeiter neu einstellen konnte.

Nach einer Mitteilung der Junkerswerke ist man entschlossen, "das Bestehen der Werke auf alle Fälle sicherzustellen, nicht nur um die grossen bei den Junkerswerken vorhandenen Werte zu erhalten, sondern auch um den insgesamt über 3 000 Arbeitern und Angestellten ihre Existenzmöglichkeit zu erhalten". Die Junkers=Diesel=Kraftmaschinen G.m.b.H.-Chemnitz, deren Anteile sich nur z.T. im Besitz des Professors Junkers befinden, werden von diesen Vorgängen nicht betroffen.

Soweit bis jetzt zu übersehen ist, wird eine Hilfe des Reiches bei einer Reorganisation des Konzerns nur dann in Frage kommen, wenn eine entsprechende Kontrolle über die Verwendung der Reichsmittel gewährleistet ist. Man muss im Interesse der Verwendung öffentlicher Gelder fordern, dass gewisse Ungeschicklichkeiten in der Führung der Personalpolitik bis hinüber zur Einstellung von Nationalsozialisten in leitende Stellungen wieder korrigiert werden. Die Junkers=Werke haben seit der letzten grossen Sanierung durch das Reich im Jahre 1925 keine sehr glückliche Hand in der Besetzung ihrer leitenden Stellungen gezeigt. Ueber die Wirkungen der allgemeinen Krise hinaus haben zweifellos diese Dinge dazu beigetragen, die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu vergrössern. Das ist umso bedauerlicher, als die Junkers=Werke zu den sechs Flugzeugfabriken gehören, die über den Etat des Reichsverkehrsministeriums regelmässig beträchtliche Reichsmittel in Form von Aufträgen erhalten. Soweit in diesem Augenblick Schlüsse gezogen werden können, wird die Reorganisation besonders auf personallem Gebiet durchgeführt werden mussen.

SPD. Auf der Generalversammlung der AEG, die für das Geschäftsjahr 1930/1931 einen hohen Millionenverlust ausweist, führte Generaldirektor Bücher zur allgemeinen Wirtschaftslage und zur Situation der AEG folgendes aus: Die Aufträge, die in den ersten fünf Monaten des neuen Geschäftsjahres, also vom Oktober 1931 bis Februar 1932 eingegangen sind, betragen nur noch rund 40 % des Standes von 1928/29. Die weitere Auftragsschrumpfung hat die Verwaltung zu neuen umfangreichen Kündigungen gezwungen. Bis zum September 1932 werden von der Belegschaft, dienoch im Oktober vergangenen Jahres im Betrieb stand, rund 30 % zur Entlassung kommen, obwohl schon in den beiden Jahren 1930 und 1931 bei der AEG ausserordentliche Abbaumassnahmen ergriffen wurden.

Zu den Reichsbahnverhandlungen der Lkomotivindustrie, in der die AEG nach der Beteiligung bei den Borsigwerken eine massgebende Rolle spielt, erklärte Bücher, dass die Reichsbahn nicht die Absicht habe, in nächstef Zeit neue Lokomotivbestellungen zu vergeben. Es handelt sich bei diesen Verhandlungen der Industrie mit der Reichsbahn darum, dass die Lokomotivfabriken der Reichsbahn vorgeschlagen haben, ihre umfangreichen Reparaturen in den Werkstätten, die über 600 Millionen Mark im letzten Jahr beansprucht haben, einzuschränken und grössere Neuaufträge an die Industrie zu vergeben, da so teure Reparaturkosten für alte Maschinen gespart und neueleistungsfähige Maschinen ohne besondere Kosten in Betrieb genommen werden könnten. Der Leiter der AEG glaubt nicht,

dass die Reichsbahn sich bereits endgültig in dieser Frage entschieden habe. Er erklärte, dass die Erhaltung der Aktionsfähigkeit bei der Reichsbahn eine laufende Erneuerung des Lokomitivparkes dringend erforderlich mache. Zurzeit betrage das Durchschnittsalter der Maschinen bei der Reichsbahn mehr als 14 Jahre; man komme also allmählich dem Höchstalter von 25 Jahren näher. Bei der ruinösen Lage der Lokomotivindustrie würde ein endgültiges Beharren der Reichsbahn auf ihrem bisherigen Standpunkt das Ende dieser Qualitätsindustrie mit ihrem hochwertigen Arbeiter= und Ingenieurstamm bedeuten.

Im übrigen machte Generaldirektor Bücher Ausführungen über die steuer= liche und soziale Belastung. Danach habe die AEG in den fünf Jahren der Vor= kriegszeit im Durchschnitt 3,4 Prozent des Aktienkapitals an sozialen Lasten und Steuern gezahlt; in den Jahren seit 1925 dagegen 11,1 Prozent des Aktien= kapitals. In der Zeit von 1909 bis 1914 habe die Dividende bei der AEG im Durchschnitt 12,76 Prozent betragen; im Durchschnitt der Jahre 1924 bis 1931 aber nur 5,7 Prozent.

Diese Rechnung hat so grosse Lücken, dass man den Kopf schütteln muss, wenn ein Mann von den Qualitäten des Generaldirektors Bücher sie in einer Ge= neralversammlung der AEG vorbringt. Die AEG haz doch in ihren guten Jahren - und sie hat in der Nachkriegszeit sehr gute und sehr fette Jahre erlebt - nur einen verhältnismässig kleinen Teil ihrer wirklichen Gewinne an Dividen= den ausgeschüttet. Der andere Teil wurde den stillen Reserven zugeführt oder anders vertan. So ergibt sich einmal ein ganz falsches Bild in der Rechnung Büchers. Auch vergisst Generaldirektor Bücher, dass wir in der Zeit von 1914 bis 1918 einen Weltkrieg mit nachfolgender Inflation und grösster Arbeitslo= sigkeit erlebten. Unser Land ist arm geworden und muss ungeheure Mittel auf= bringen, um Millionen von Menschen in der Krise nicht verhungern zu lassen. Es ist geradezu Demagogie zu behaupten, der Staat betreibe eine Steuerpolitik, die die Betriebe ausplündert und zu Grunde richtet. Oder will Generaldirektor Bücher die nötige Plattform für Elektrosubventionen schaffen? Man hat beinahe den Eindruck.

Berliner Viehmarkt.

(22.März 1932)

SPD. Trotz genügender Beschickung und bei mittelmässigem Geschäft konn= ten die letzten Kälberpreise behauptet werden. Dagegen waren auf dem Hammel= und Schweinemarkt Preisabschläge zu verzeichnen, die bei den Schweinen wohl in erster Linie auf besonders reichlichem Angebot beruhten. Auch auf dem Rindermarkt gab es Preisabflachungen.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) - (-), b) (240-300 Pfd.) 37-38 (41), c) (200-240 Pfd.) 36-38 (39-41), d) (160-200 Pfd.) 34-37 (37-39), e) (120-160 Pfd.) 30-33 (34-36), Sauen 32-33 (36-38). Kälber: b) 42-50 (42-50), c) 32-45 (32-45), d) 20-30 (20-30). Schafe: b) 32-34 (35-37), c) 28-30 (30-34), d) 20-25 (20-28). Kühe: a) 22-25 (24-27) b) 18-21 (20-23), c) 15-18 (16-18), d) 12-14 (12-15).

Weizen höher.

(Berliner Getreidebörse vom 22.März)

SPD. An der Berliner Produktenbörse konnte sich am Dienstag die Stimmung für Weizen merklich befestigen. Während das Angebot an Ware unverändert gering blieb, kam plötzlich grössere Nachfrage an den Markt, die zum Teil aus Westdeutschland stammte. Demzufolge zogen die Preise stark an. Im Handel mit prompter Ware sowie am Markte der Zeitgeschäfte konnten die Notierungen um etwa 3 Mark und darüber raufgesetzt werden. Roggen blieb unverändert. Das Angebot vom Inlande war zwar klein; indes stand russische Ware zur Verfügung, um allen Anforderungen der Mühlen gerecht zu werden. Hier blieben die Notierungen für prompte Ware unverändert, während sich am Markte der Zeitgeschäfte sogar teilweise kleine Preisrückgänge ergaben. Mehl hatte im allgemeinen ruhiges Geschäft. Etwas mehr Nachfrage zeigte sich hier und da nach Auszugmehlen aus Anlass der bevorstehenden Osterfeiertage. Die Forderungen für Weizenmehl waren etwas erhöht, während Roggenmehl unverändert angeboten wurde. Für Hafer war infolge stärkeren Deckungsbedürfnisses die Stimmung fester. Jedoch war es aber nicht möglich, für Hafer wie auch für Gerste höhere Forderungen durchzusetzen.

	21.März	22.März
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	243 - 245	246 - 248
Roggen	194 - 196	194 - 196
Braugerste	182 - 189	182 - 189
Futter- und Industriegerste	169 - 177	160 - 177
Hafer	154 - 161	156 - 163
Weizenmehl	30,75-34,25	30,75-34,25
Roggenmehl	26,75-27,90	26,75-27,90
Weizenkleie	10,80-11,10	10,80-11,10
Roggenkleie	10,40-10,70	10,40-10,70

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 261 - 260 Brief (Vortag 256 3/4), Mai 265½ (262½), Juli 270 (266 1/4), September 232 (231), Roggen März - bis 196 3/4 (-), Mai 199½ (199), Juli - (-), September 189½ (187½), Hafer März 170½-172½ Geld (169½), Mai 174½-175½ (173½), Juli 177½-179 1/4 (-).

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, den 22.März.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)		RM 1,10 - 1,30
" Weizenstroh "		" 0,75 - 0,90
" Haferstroh "		" 0,75 - 0,90
" Gerstenstroh "		" 0,75 - 0,90
Roggen-Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt		" 1,05 - 1,30
Bindfadengepresstes Roggenstroh		" 1,00 - 1,20
" Weizenstroh		" 0,80 - 1,00
Häcksel	Tendenz fest	" 1,65 - 1,80
Handelsübliches Heu, gesund und trocken		" 1,30 - 1,50
Gutes Heu, gesund und trocken		" 1,90 - 2,30
Luzerne, lose		" 2,40 - 2,70
Thymothee, lose		" 2,35 - 2,70
Kleeheu, lose		" 2,30 - 2,60
Mielitz-Heu, lose, rein		" - - -
" " " (Warthe)		" - - -
" " " (Havel)		" - - -
Drahtgepresstes Heu	Tendenz stetig.	40 Pfg. über Notiz.

Gewerkschaftliche Rundschau

Licht in die Finsternis!

Bedeutsame Aktion des Afa=Bundes.

SPD. Der Krisenkongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist bis nach Beendigung des Osterburgfriedens vertagt. Damit ist aber nicht der Kampf um Arbeit vertagt. Den Gewerkschaften ist es bitter ernst mit diesem Kampf. Sie wissen nicht nur - was auch die Reichsregierung weiss - dass das von der Not dieser Tage so furchtbar heimgesuchte werktätige Volk mit bewundernswerter Kraft und Geduld ausharrt und sich nicht unterkriegen lässt, sie wissen auch, dass die Sehnsucht der Massen, die im Elend fast ersticken, immer stärker und elementarer nach einem Ausweg aus dem Sumpf des Arbeitslosenelends und aus der durch das Versagen der kapitalistischen Führung verursachten Zerrüttung der Wirtschaft drängt. Das Volk will wissen, wohin es geführt wird, und dass es geführt wird. Es will wissen, wofür es hungert und leidet. Es will wenigstens ein Ziel vor Augen haben, einen Ausblick, mag auch der Weg zu dem Ziel, das in dem Ausblick sichtbar wird, noch so steinig und dornig sein.

Der Allgemeine freie Angestelltenbund hat sich ein Verdienst erworben, dass er entschlossen und mutig durch das Gestrüpp eines endlosen Kriesengeredes, das mit seinem tausendfachen Wenn und Aber nur immer tiefer in ein schier ausweglosses Dickicht geführt hat, beherzt und mutig einen Weg gebahnt hat, der wenigstens einmal den ersehnten Ausblick eröffnet und damit eine Orientierung für die Marschrichtung aus dem Elend heraus. Der Wirtschaftsplan der freien Gewerkschaften, den der Afa=Bund der Oeffentlichkeit vorlegt, ist noch keine Endformulierung, noch kein abgeschlossener Guss, sondern zunächst nur ein Entwurf, über den mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund noch verhandelt wird. Aber er ist immerhin ein Anfang und mehr als das: er ist ein brauchbarer Grundriss, von dem aus die so dringend notwendige Umgestaltung der Wirtschaft von neuem angepackt werden kann. Bei dem Wirtschaftsplan handelt es sich nicht um eine Angestelltenfrage, sondern um eine Angelegenheit der gesamten Arbeiterklasse. Der Wirtschaftsplan wird von allen freien Gewerkschaften verabschiedet werden. Für den Afabund war, wie sein Vorsitzender Aufhäuser in seiner Einleitung zur Tagung des Bundesausschusses hervorhob, die Aufstellung des Wirtschaftsplans nicht etwa eine Prestigefrage. Worauf es ihm ankommt, ist lediglich das eine: über die Arbeitsbeschaffung, die der ADGB zunächst erledigen will, hinaus soll rechtzeitig und klar ein Weg aus der Not aufgezeigt und beschritten werden. Arbeitsbeschaffung ist begrenzt im Erfolg, solange nicht gleichzeitig eine organische Umbildung der Wirtschaft erfolgt. Zweierlei ist notwendig: Tagesarbeit, d.h. die Bahnung eines Wegs aus dem Elend; denn der Glaube an das kapitalistische System ist erschüttert, nicht nur in den Reihen der Arbeiter, sondern weit über deren Kreis hinaus. Das Volk ist unzufrieden mit der Lage und sucht nach neuen Formen der Wirtschaft, die wenigstens ein erträgliches Leben gestatten.

Aufhäusers Begleitwort zu dem Wirtschaftsplan des Afa=Bundes war getragen von der zuversichtlichen Hoffnung, dass die Aktion der freien Angestellten nach Abschluss der Verhandlungen mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, den Massen das ersehnte Kampfziel gibt, um das bereits die Eiserne Front in ihrer grossen Abwehrbewegung gegen den Faschismus ringt.

SPD. Am Dienstag trat in Berlin der Allgemeine Freie Angestelltenbund zu seiner zweiten Bundesausschussitzung zusammen. Im Mittelpunkt seiner Beratungen stand der Wirtschaftsplan der freien Gewerkschaften. Ueber ihn referierte Dr. Suhr. Fritz Schröter vom ZDA beleuchtete neuen Sturm auf die Arbeitslosenversicherung. Göring erörterte in nicht öffentlicher Sitzung die Durchführung der Eisernen Front im Afa=Bund und den angeschlossenen Verbänden

Eingeleitet wurde die Bundesausschussitzung durch den Bundesvorsitzenden Reichstagsabgeordneten Aufhäuser. Er widmete zunächst Paul Umbreit, dem am Montag verschiedenen unvergesslichen Gewerkschaftsführer, einen überaus herzlichen, eindrucksvollen Nachruf. In einem Rückblick auf Umbreits Leben zeigte Aufhäuser packend und anschaulich die gewaltige Leistung des kleinen Mannes aus der Redaktionsstube der Gewerkschaftszeitung des ADGB. Die edelste Ehrung Umbreits, betonte Aufhäuser, besteht darin, dass wir das, was er in seinem arbeitsreichen Leben aufgebaut hat, die geistige Kraft der Gewerkschaften, gerade jetzt in diesen Tagen der Not einsetzen zum Aufbau einer neuen Wirtschaft. Diesem Aufbau soll vorgearbeitet werden durch einen Umbau, und für diesen Umbau hat der Afa=Bund einen Wirtschaftsplan ausgearbeitet.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass die ökonomische Krise auch nur durch ökonomische Reformen gelöst werden kann. Hierzu ist ein aktives Eingreifen der Gewerkschaften notwendig. Wenn die Gewerkschaften jetzt auch in den Wahlkämpfen aktiv vorgehen, so sind sie dabei geleitet von der Erkenntnis, dass eine Bereinigung der politischen Atmosphäre eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Besserung ist. Die Gewerkschaften werden daher auch im zweiten Wahlgang des Kampfes um den Posten des Reichspräsidenten mit aller Energie dem Ansturm der Faschisten entgegentreten. In diesem grossen politischen Ringen ist die Frontbildung noch nicht abgeschlossen. Die Harzburger Front ist zurzeit in Gärung auf Auflösung. Die Kräfte des Unternehmertums sammeln sich um Hugenberg. Bei den Nazis ist die Klärung der Klasseninteressen noch in voller Bewegung. In der Angestelltenschaft ist die Frontbildung ebenfalls noch unklar, weil der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband und der Gewerkschaftsbund des Angestellten sich noch nicht zu einer eindeutigen Stellungnahme gegenüber dem kapitalistischen System durchringen konnten. Das Volk jedoch ist weit über die Reihen der Arbeiterschaft hinaus mit diesem System unzufrieden. Der Glaube an das kapitalistische System ist erschüttert. Es kracht im Gebälk, wenn auch ein Ende dieses Systems nicht mechanisch herbeigeführt werden kann. Wir im Afa=Bund sind uns darüber im Klaren, dass eine Lösung der Krise nur auf einem Weg zu einer neuen Wirtschaft zu finden ist. Wir zweifeln nicht, dass sich die richtige Frontbildung im Volk durchsetzen wird, und diese Frontbildung kann nur unter der Parole erfolgen: Hier Kapitalismus, hie Sozailismus.

Der Ausgang der Präsidentenwahl kann zunächst nur eine psychologische Entlastung der Atmosphäre bringen. Wir sind aber genug realpolitisch eingestellt, um zu wissen, dass die ökonomischen Schwierigkeiten nicht durch die politischen Wahlen überwunden werden können. Die Wirtschaft ist krank in ihrer Konstitution. Grundsätzliche Aenderungen sind nötig. Wir stehen vor schweren Entscheidungen. Wenn wir darauf aufmerksam machen, dann leitet uns dabei nicht Pessimismus, sondern Aktivität. Diese Aktivität muss aufs höchste gesteigert werden. Wir möchten nicht, dass aus einem politisch-republikanischen Wahlergebnis etwa nur der Schluss gezogen wird, die privatkapitalistische Wirtschaft stehe wieder auf festen Füssen, und alles sei wieder in Ordnung. Kein Zweifel, diese Wirtschaft ist erschüttert. Die Vertreter dieser Wirtschaft suchen heute Hilfe im Staat. Warum soll und darf dann der Staat diese Wirtschaft nicht beherrschen? Wir haben heute eine ganz sozialistenreine Regierung im Reich, und doch vergeht fast kein Tag ohne Eingriff in den kapitalistischen Automatismus. Ein Beweis, dass die Privatwirtschaft dem Zusammenbruch nahe ist. Wir wollen uns nicht damit begnügen, nur

an die Regierung zu appellieren, den von uns vorgeschlagenen Weg zu beschreiten. Wir wollen selbst versuchen, auf diesem Weg vorwärts zu kommen. Wir verlangen von den Massen Aktivität, und die Massen verlangen sie von uns. Diese Aktivität kann nicht in dem Beobachten des Elends bestehen, sondern nur in einer neuen Gestaltung der Dinge. Die Arbeit an dieser Neugestaltung umfasst zwei Hauptpunkte: erstens die Tagesarbeit, d.h. den Kampf um Arbeit und Brot, 2. eine grosse historische Aufgabe: die Bahnung eines Wegs aus dem Elend. In der Arbeitsbeschaffung hat erst vor einigen Tagen der IGB in Bern gefordert, dass alle vorhandenen Kreditmöglichkeiten ausgeschöpft werden, damit die Arbeitsbeschaffung des Internationalen Arbeitsamtes durchgeführt wird. Zwischen den goldreichen und goldarmen Ländern muss ein Ausgleich geschaffen werden. Bei uns in Deutschland sind noch lange nicht alle Möglichkeiten zur Arbeitsbeschaffung erschöpft, auch nicht in den Etats des Reichs, und wenn das Wort von der Volksgemeinschaft einen Sinn haben soll, dann müsste es jetzt bei der Durchführung einer Volksanleihe seinen Wert offenbaren. Nach wie vor sind wir für die Einführung der 40-Stundenwoche, obwohl wir uns darüber im Klaren sind, dass heute das Arbeitslosenproblem nicht mehr lediglich durch Verteilung der Arbeit gelöst werden kann. Wie dem allem aber auch sein mag, fest steht, dass alle Arbeitsbeschaffung nur einen begrenzten Erfolg sichert, so lange nicht gleichzeitig eine organische Umbildung der Wirtschaft erfolgt. Auch mit Währungswundern sind keine konstruktiven Fehler der Wirtschaft zu beseitigen. Unser Programm ist daher in seinen beiden Teilen gleich wichtig; es verlangt Arbeitsbeschaffung als Notlösung und sucht eine Lösung der Erwerbslosenfrage. Diese Lösung kann nicht in einer Wiederherstellung des Kapitalismus bestehen, sondern nru in der Richtung zum Sozialismus liegen.

Der Wirtschaftspolitiker des Afa-Bundes, Dr. Suhr, beleuchtete im einzelnen den Entwurf für den Wirtschaftsplan: An die Stelle der kapitalischen Planlosigkeit, die die Krisis heraufbeschworen hat, ohne einen Ausweg zu zeigen, muss eine zielsichere Leitung des gesamten Wirtschaftsprozesses nach einheitlichem Plan treten. Diese Planwirtschaft soll die Selbstbestimmung des Volkes in seinem Arbeitsprozess verwirklichen, eine gerechte Verteilung des Sozialprodukts herbeiführen. Der Kampf um den Umbau der Wirtschaft kann jedoch nicht in eine unbestimmte Zukunft verlegt werden, sondern er ist die historische Aufgabe der freien Gewerkschaften von heute. Sie sind berufen in dieser Uebergangszeit zwischen Kapitalismus und Sozialismus den Weg einer Neuorganisation der Wirtschaft aufzuzeigen. Aus der gegebenen Situation von heute und aus den aufgestellten Zielen von morgen ergeben sich die Richtlinien zur Ueberwindung der Krisis. Diese Richtlinien zerfallen in drei Hauptteile: Arbeitsbeschaffung und Massenkaufkraft, Bereinigung der Wirtschaft und Umbau der Wirtschaft. Im Vordergrund des Programms steht die Arbeitsbeschaffung.

In einem zweiten, weitgehend untergliederten Abschnitt wird eine Bereinigung der Wirtschaft gefordert. In ähnlicher Weise wie bei den Banken soll der industrielle Reinigungsprozess bei Vermeidung weiterer Stillegungen notfalls unter staatlichem Druck schleunigst zuende geführt werden. Anstatt durch Subventionen soll das Reich sich künftig an industriellen Unternehmen beteiligen und landwirtschaftliche Grossgüter übernehmen. In Anlehnung an den Wagemannplan werden Vorschläge zum Umbau der Giralverfassung und zur Fundierung der schwebenden öffentlichen Schuld gemacht, ohne im übrigen die währungspolitischen Forderungen aufzunehmen. Vor allem aber wird ein Ausbau der Einflussnahme des Reichs auf die Banken mit dem Ziele der Verstaatlichung der gesamten Kreditorganisation gefordert. Bis zur Verwirklichung dieses Planes soll das von jeher von den freien Gewerkschaften geforderte Bankenamt eine verschärfte Kreditkontrolle ausüben.

Diese Forderung leitet zu dem dritten Teil "Aufbau der Planwirtschaft" über. Der öffentliche Besitz an Produktionsmitteln in den Grundstoffindu-

strien und den privaten Monopolen der Verbrauchsgüter soll systematisch erweitert werden. Im Rahmen dieser ausgebauten öffentlichen Wirtschaft sollen Einrichtungen geschaffen werden, die über die Leitung der einzelnen Betriebe hinaus den Produktionsprozess insgesamt und die Verteilung des Sozialprodukts beeinflussen. Die Kontrolle der Banken ist mit der Kontrolle der privaten Monopole zu einem einheitlichen System zu verbinden. Entsprechend der fortschreitenden Verstaatlichung der Banken und der Grundstoffindustrien ist von einer besonderen Planstelle ein Kreditverteilungsplan aufzustellen, der künftig für die Investierungen massgebend ist, um damit das Fundament zu einer Planwirtschaft zu legen.

Der nationalen Wirtschaftspolitik sind infolge der engen weltwirtschaftlichen Verpflechtung Grenzen gesetzt. Der Gedanke der Autarkie wird im Wirtschaftsplan ausdrücklich abgelehnt. Als eine unentbehrliche Voraussetzung für die Wiederbelebung der Wirtschaft wird eine auf internationale Verständigung eingestellte aktive Aussenpolitik bezeichnet.

Der neue Sturm auf die Arbeitslosenversicherung wurde von Fritz Schröder vom Zentralverband der Angestellten in einer scharfen Kritik an den Reformvorschlägen von Goerdeler, Popitz und Sämisch geschildert. Schröder beleuchtete die Widersprüche und Milchmädchenrechnungen der Reformer, deren Vorschläge nur auf eine Zerstörung des Arbeitslosenschutzes hinauslaufen, niemals aber eine vernünftigere Gestaltung der Arbeitslosenunterstützung ermöglichen. Mit besonderem Nachdruck bekämpfte Schröder den Versuch des Sparkommissars, den kranken Arbeitslosen nun auch noch ganz allgemein dem Wohlfahrtsarzt zu überantworten.

SPD. Der Arbeitsmarkt hat nach dem neuen Bericht der Reichsanstalt auch in der ersten Hälfte des März keine wesentlichen Aenderungen erfahren. Eine Reihe verhältnismässig geringfügiger Schwankungen haben sich zu einem im ganzen unveränderten Stand der Arbeitslosigkeit ausgeglichen. Am 15. März wurden bei den Arbeitsämtern rund 6 129 000 Arbeitslose gezählt. Die Arbeitslosenversicherung erfuhr eine Entlastung um rund 115 000 auf rund 1 736 000 Hauptunterstützungsempfänger, während in der Krisenfürsorge eine nicht unerwartete weitere Belastung um rund 43 000 auf rund 1 717 000 Hauptunterstützungsempfänger eintrat.

Die Zahl der von den Arbeitsämtern anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen betrug Ende Februar rund 1 833 000, während zur gleichen Zeit über 3,5 Millionen Arbeitslose in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge betreut wurden.

Die Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes wurde in vielen Bezirken durch Wiedereinsetzen von Frost und Schnee aufgehalten; auch in der ersten Märzhälfte des Vorjahres war noch eine Zunahme der Arbeitslosenzahl um rund 8 000 zu verzeichnen.

SPD. Im Reichsbahndirektionsbezirk Essen werden 700 Arbeiter der Reichsbahn entlassen.

SPD. Für den Ruhrbergbau wurde in der Urlaubsfrage ein Schiedsspruch gefällt, der die Regelung des letzten Jahres auf ein Jahr verlängert. Der Zechenverband hatte eine Kürzung des Urlaubs um die Hälfte gefordert.